



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Weltlage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

welches der alte Niederländer durch die Fenster einströmen läßt, hier ein graues, frostiges einfällt und über die weißen Hauben, die dunkelblauen Gewänder der Bequinen, über das Leinwandzeug und den Fußboden hinweggleitet. Die absolute Vollendung bekämpft hier wie bei Leibl jeden Widerspruch, der sich sonst mit gutem Recht auf den Mangel an Originalität stützen könnte. Man kann in München heutzutage alles haben, Tizians, Holbeins, Rembrandts, Pieter de Hoochs, wie wir im folgenden sehen werden, auch van Dycks und Correggios, nur die spezifisch Münchener Künstler sind spärlich gesät.



Zur Weltlage.



Wenn die Zeitungen die Nationen repräsentirten, so hätten die letzten Wochen in politischer Beziehung Besorgnis erregen können. Wenigstens wäre dann das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich ein ungewöhnlich gespanntes gewesen. Die französische Presse, richtiger ein großer und besonders dreister und lauter Teil derselben, verübte, entweder von dem hier von Zeit zu Zeit stoßweise wiederkehrenden Revanchegefühl bewogen oder getrieben vom Bedürfnisse nach Sensation, das zum Geschäfte gehört, wieder einmal allerlei Unfug mit Hetzerei und Großthuererei gegen den östlichen Nachbar. Das offiziöse Organ des deutschen Kanzlers machte ihr deswegen in einem vielbemerkten Artikel Vorhaltungen, in deren Stil man den spiritus rector der deutschen Politik zu erkennen meinte. Drüben über den Vogesen nahm man das übel, stellte sich als unschuldig Beklagten an, las aus dem Artikel, der nur eine wohlgemeinte Mahnung zum Frieden, höchstens eine gelinde Warnung war, eine unbillige Drohung heraus und erhob allerhand Gegenklagen, die Europa überzeugen sollten, nicht in Frankreich, sondern in Deutschland werde an Streit gedacht. Darauf von Berlin her Widerspruch und Aufklärung der Sache und von Paris weitere Klage über deutsche Aggression. Deutschland solle den Wunsch hegen, Frankreich ganz und gar zum Krüppel und die Franzosen „zu bloßen Puppen ohne Kopf und Herz“ werden zu sehen. Man mache sie verantwortlich für das, was in Elsaß-Lothringen vorgehe, als ob die Deutschen dort nicht genug Haß gesät hätten. Man beschwere sich über die Inspektionsreise des französischen Kriegsministers nach den Ostgrenzen, als ob Moltke nicht vor kurzem sich zu einer ähnlichen Reise bewogen gefunden hätte. „Aber schreit, wie's euch beliebt,“ ruft Paris aus, „ihr Großthuer überm Rheine! Zischt, ihr Reptilien! Je lauter ihr schreit und je mehr ihr zischt, desto mehr soll es uns freuen; denn jeder eurer Angriffe verschafft uns in Europa neue Freunde.“ Ein Lieblingsthema der französischen Presse war die „Verfolgung“ des Mezer Kofarztes und Politikers Antoine, der nach der Auffassung des Rappel mit seiner Feder in den Augen der Gewalthaber im Lande das Gewicht der Bajonette von vier Armeen und der Kanonen von zwanzig Festungen aufwog. „Niemand kann,“ so antwortete das Journal des Débats

der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, „das Vorgeben glauben, die französische Presse sei für den Streit zwischen General Manteuffel und Herrn Antoine verantwortlich zu machen, und es ist gewiß sonderbar, wenn wenige Monate nach Graf Moltkes Besichtigung der italienisch-französischen Grenze General Thibaudin Festungen auf französischem Gebiete nicht inspizieren kann, ohne sich Rekrinationen von seiten der deutschen Presse auszusetzen. Es wäre gut für unsern Kriegsminister, wenn man ihm auf seiner politischen Laufbahn nichts schlimmeres vorzuwerfen hätte. Das Berliner offiziöse Blatt hat gestern zugestanden, daß die französische Regierung sich nicht im Traume hat einfallen lassen, das Parlament um einen Kredit von sieben Millionen Franks zu versuchsweise vorzunehmender Mobilisirung eines Armeekorps anzugehen. Diese Behauptung wurde aber vorgebracht, um Frankreich kriegerischer Absichten vor Europa anzuklagen. Es ist sicherlich zu bedauern, daß eine Zeitung, die so großen Einfluß auf die politische Lage und den finanziellen Markt des Festlandes ausübt, so übel unterrichtet ist.“ Das Journal des Débats schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Erklärungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung einer internationalen Polemik, die ganz und gar unnütz sei, ein Ende machen werden, kann sich aber doch nicht enthalten, zu bemerken, daß „das Berliner Kabinet eine seltsame Art und Weise habe, sein Interesse an der Erhaltung des Friedens an den Tag zu legen,“ und an einer andern Stelle erhebt es die Anklage, die deutsche Politik gehe darauf aus, Frankreich mehr und mehr zu isoliren.

Dieser Vorwurf entbehrt, wie ihm in einer Entgegnung des halbamtlichen Berliner Blattes nachgewiesen wurde, vollständig der Begründung. Die Ereignisse der letzten zwölf Jahre schließen ihn aus, und so hat das Journal des Débats nicht einmal den Versuch gemacht, den Beweis für seine Behauptung unter Anführung von Thatsachen anzutreten. Deutschland hat mit Oesterreich-Ungarn ein Bündnis abgeschlossen, aber nicht zum Angriff auf Frankreich oder irgendwelche andre Macht, sondern lediglich zur Erhaltung des Friedens von Mitteleuropa. Frankreich sollte damit nicht isolirt werden; denn es steht ihm jederzeit frei, sich dem Bunde anzuschließen, wie sich ihm Italien angeschlossen hat, und wie sich ihm kleinere Staaten genähert zu haben scheinen, wobei wir auf die Besuche hinweisen, welche die Könige von Serbien und Rumänien in der letzten Zeit in Wien und Berlin machten, und wohin auch wohl die Reise des Königs von Spanien nach Deutschland zu rechnen sein wird. Hätte der deutsche Kanzler zur Gründung und Erweiterung einer derartigen großen Friedensliga die Initiative ergriffen, und wäre die Salzburger Zusammenkunft desselben mit dem Grafen Kalnochy zur weitem Entwicklung des Bündnisses von 1879 bestimmt gewesen, wogegen allerdings die kurze Dauer der Unterredung zu sprechen scheint, so würde sich daraus noch immer nicht auf die Absicht, Frankreich für die Gegenwart noch mehr zu isoliren, als es als Republik schon ist, schließen lassen, sondern es wäre immer noch nichts andres als das Bestreben, den Frieden der Welt gegen Störung durch ein aggressives Frankreich so sicher als irgend möglich zu stellen. Es wäre nur die diplomatische Fortsetzung des Werkes von 1870, welches, obwohl kriegerischer Natur, doch nur auf Fernhaltung weiterer Angriffe auf den Bestand und die Unabhängigkeit Deutschlands von seiten Frankreichs, wie sie zwei Jahrhunderte hindurch sich wiederholt hatten, gerichtet war. Diese Fortsetzung war notwendig, weil Frankreich oder weil ein Teil der Franzosen, welcher die Oberhand gewinnen und

dadurch zur Regierung gelangen konnte, jene Regelung der Grenze nicht für endgiltig ansehen wollte. Bei einem durchaus friedlichen Frankreich, das sich über jene notwendige Beschränkung allmählich beruhigt hätte, würden fernere Sicherheitsmaßregeln überflüssig gewesen sein. Ein solches Frankreich könnte uns nicht bloß ein angenehmer Nachbar, sondern ein Freund werden, dem wir unter Umständen dankenswerte Dienste leisten dürften. Darüber ist die öffentliche Meinung in Deutschland einig, und das ist offenbar auch die Ansicht unsers Reichskanzlers, der, wie die Geschichte des letzten Jahrzehnts klar und deutlich beweist, nichts versäumt hat, nach dieser Richtung hin zu wirken. Er hat in der That alles gethan, was in dieser Beziehung möglich war, und sorgfältig alles unterlassen, was Mißtrauen oder das Gefühl des Verletzteins hervorrufen konnte. Es ist jetzt an den Franzosen, desgleichen zu thun. Daß Frankreich eine Republik ist, kümmert uns nicht, obwohl sie nach Spanien und in gewissem Maße auch nach Italien propagandistisch gewirkt hat. Bei uns ist mit solchen Bestrebungen umsoweniger Gefahr verbunden, als man durch die Erfahrung hinreichend darüber belehrt worden ist, wie wenig die republikanische Staatsverfassung unsre westlichen Nachbarn im Innern und nach außen hin gestärkt hat.

Jeder gerechte und billige Beurteiler der deutschen Politik wird ohne Rückhalt einräumen müssen, daß dieselbe Frankreich gegenüber seit dem Frankfurter Frieden eine durchaus wohlwollende gewesen, und daß sie der französischen Politik in auswärtigen Fragen — von innern ganz zu schweigen — niemals irgendwie in den Weg getreten ist. Alle Staatsmänner, welche die Angelegenheiten der Republik seitdem geleitet haben, können dies bezeugen, und der Minister Barthélemy St. Hilaire hat es in Betreff der tunesischen Affäre ausdrücklich bezeugt. Er schrieb in einem an die Öffentlichkeit gelangten Privatbriefe vom 12. Mai 1881: „Wir können das Verhalten Deutschlands in dieser wichtigen Frage nur rühmen; ich gebe gern der Dankbarkeit Ausdruck, die wir der deutschen Regierung und den hervorragenden Organen der deutschen Presse schuldig sind, es ist dies nur ein Akt der Gerechtigkeit.“ Ganz dasselbe gilt von der ägyptischen Frage, die uns wenigstens einigermaßen in Mitleidenschaft zog, und die wir sehr wohl zu Frankreichs Ungunsten zu beeinflussen imstande gewesen wären, und von den Fragen, welche die überseeische Politik der Pariser Politik in Madagaskar und Hinterindien zu lösen bemüht ist. Nirgends hat Deutschland hier in die Interessensphäre eingegriffen, weder direkt noch indirekt, und wenn die deutsche Presse hier hin und wieder Befürchtungen ausgesprochen hat, so fürchtete sie Schaden und Unheil nicht von, sondern für Frankreich. Die Trübungen, die seit 1871 das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn zeitweilig störten, hatten ihren Ursprung nicht diesseits, sondern jenseits der Botschafter in Paris zum Zwecke der Mitteilung an den französischen Minister des Auswärtigen abgehen ließ, entsprang der ungesühnten Ermordung deutscher Soldaten in Paris und Melun durch revanchebedürftigen Haß und dem Umstande, daß die Regierung den Schwurgerichtspräsidenten nicht desavouirte, der, das Verhalten des einen Meuchelmörders billigend, sich zu den Worten hinreißen ließ: „Wir alle hassen die Preußen und erwarten mit Sehnsucht die Stunde der Vergeltung.“ Auch die Erlasse, welche der Reichskanzler unterm 3. und 11. Januar 1874 an Arnim richtete, waren durchaus gerechtfertigt, weil durch maßlose Angriffe auf die Person des deutschen Kaisers und die Reichs-

regierung hervorgerufen, die französische Bischöfe sich in ihren Hirtenbriefen erlaubt hatten. Die französischen Gesetze reichten vollkommen aus, um solche Vergehungen zu ahnden, und wenn dies nicht geschah, so machte sich die Pariser Regierung zu Mitschuldigen der schmähenden und hezenden Kirchenfürsten. Die Berliner Politik lehnte 1877 die Beteiligung Deutschlands an der Pariser Weltausstellung ab, zu der Mac Mahon dringend einladen ließ, aber sie that dies lediglich im Interesse des Friedens. Noch immer sahen sich Deutsche in Paris, und zwar Leute aus gebildeten Kreisen, brutalen Äußerungen französischer Revanchegelüste preisgegeben. Konnte man in Frankreich dafür bürgen, daß bei der Ausstellung kein Akt derselben vorkommen würde und daß, wenn einer oder mehrere vorkamen, die Gerichte ihn strafen würden? Gewiß nicht, und so war von der Beschickung der Ausstellung mindestens ein Notenkrieg, vielleicht schlimmeres zu befürchten.

Im übrigen ist die Haltung der deutschen Politik, wie gesagt, gegenüber Frankreich eine durchaus wohlwollende und entgegenkommende gewesen, und wenn der Revanchegedanke fortgährt, wenn das Verhältnis der beiden Nationen noch nicht befriedigt und ein Krieg noch als Möglichkeit der Zukunft betrachtet werden muß, so sind wir es nicht, die Frankreich isoliren, sondern Frankreich isolirt sich selbst, da andre Völker und Regierungen so wenig wie Deutschland einen solchen Krieg wollen und ihm Unterstützung versprechen können. Die Franzosen müssen sich endlich gewöhnen, einerseits das Recht Deutschlands auf den Besitz der im Frieden von Frankfurt abgetretenen Länder, andererseits die wohlwollende, Ausöhnung erstrebende Berliner Politik anzuerkennen. Sie müssen ablassen von der „bald lauter, bald mäßiger hervortretenden Neigung, einen Vertrag, dessen Rechtsverbindlichkeit sie mit Gründen der Vernunft und des Rechtes nicht anzufechten imstande sind, unter dem Einflusse nationaler Empfindlichkeit als ein Provisorium hinzustellen, das bei nächster Gelegenheit zu brechen als eine Art von nationaler Ehrenpflicht gepriesen wird. Eine solche Auffassung internationaler Rechtsverhältnisse würde, zu allgemeiner Anwendung gebracht, das Chaos, den unaufhörlichen Krieg aller gegen alle, zur unvermeidlichen Folge haben, und nicht bloß das unvermeidliche Interesse Deutschlands, sondern das der gesamten zivilisirten Welt muß sich gegen den Versuch auflehnen, geltende Verträge auf solche Weise in Frage zu stellen. Frankreich selbst hat die Wohlthat der Achtung vor dem öffentlichen Rechte ungetrübt solange genossen, als es sich im rechtlichen Besitze der Grenzländer befand, die es seiner Zeit unter Benützung günstiger Verhältnisse dem deutschen Reiche entrißen hatte, und wir verlangen jetzt von Frankreich nur, daß es den durch die Gerechtigkeit der Geschichte und die Verträge gewordenen Bestand rückhaltlos anerkenne. Es liegt also nur an Frankreich, sein Verhältnis zu Deutschland friedlichst zu gestalten.“ Sentimentalität hat wohlervorbenem Besitze, notwendigem Besitze gegenüber durchaus keine Befugnis, mitzureden. Wir sind entschlossen, das, was wir um des Friedens willen haben mußten und nunmehr haben, bis auf den letzten Mann festzuhalten, und man kann uns deshalb nicht der Absicht bezichtigen, den Frieden zu stören, wenn wir uns die Fortsetzung der Bemühungen verbitten, mit denen eine unvernünftige und rechtsfeindliche Presse immer von neuem bestrebt ist, die Hoffnungen eines großen Nachbarvolkes auf unerreichbare Ziele hinzulenken.

Wir freuen uns, daß die Antwort des Journal des Débats auf die letzte Äußerung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung in ruhigem Tone und ver-

ständigem Sinne gehalten war, und hoffen, die übrigen Pariser Blätter werden endlich einlenken und der Vernunft und dem Recht die Beachtung zu Teil werden lassen, die sie ihnen solange vorenthielten.

Inzwischen scheint Frankreich durch sein Vorgehen in Hinterindien dicht vor einer Gefahr angelangt zu sein, die schon seit geraumer Zeit von fern her drohte. Wenn nicht alles täuscht, steht es unmittelbar vor einem Kriege mit China, in welchem es zwar wahrscheinlich siegen würde, aber mit ungeheuern Kosten. Es ist kaum noch an der Wahrheit der von französischen Blättern gebrachten Nachricht zu zweifeln, daß vor etwa acht Tagen 15 000 chinesische Soldaten den Mongkai überschritten haben und in Tonkin eingerückt sind, und daß andre Truppen des himmlischen Reiches, sowie Massen von Munition und Torpedos sich auf dem Seewege dorthin befinden. Zu gleicher Zeit wurde aus Paris gemeldet, daß wiederum Verstärkungen aus Algerien nach Tonkin abgehen sollen, und der National versicherte, ohne daß ihm von den Regierungsblättern widersprochen wurde, daß der Admiral Meyer Befehl erhalten habe, mit seinem Geschwader an der chinesischen Küste eine Demonstration zu machen, und zwar möglichst nahe bei Kanton. Endlich hat, wie der offiziöse Temps meldete, sich ein chinesischer Diplomat, der Geschäftsträger Liu Kwi Tseng in Paris, über den Stand der Dinge in einer Weise geäußert, die kaum noch zweifeln läßt, daß die Chinesen zum Kriege entschlossen sind. Über den Einmarsch der Himmlischen in Tonkin befragt, bemerkte er, daß er davon zwar noch nichts bestimmtes wisse, daß es aber sehr möglich sei, daß seine Regierung auf die Nachricht von dem Vertrage, der Tu Duks Nachfolger in Hué von den Franzosen aufgenötigt worden, ihre Truppen an der Grenze verstärkt habe, da durch jenen Vertrag die Kriegspartei in Peking obenauf gekommen sei. Er fügte hinzu, da Tonkin „die Provinz eines Vasallenstaates sei, wo seit Tu Duks Ableben Zustände obwalteten, welche sich nicht mit den Suzeränitätsrechten des Peking Hofes vertrügen, so werde die chinesische Regierung es unter Umständen gerechtfertigt finden, Tonkin durch ihre Truppen besetzen zu lassen.“ Ein festeres Bestehen auf den Ansprüchen, welche Frankreich bestreitet und thatsächlich bereits außer Acht gelassen hat, läßt sich kaum denken, und wenn diese Äußerung eines chinesischen Diplomaten, wie nicht zu bezweifeln, der gegenwärtigen Stimmung in Peking entspricht, so ist ein Krieg zwischen den beiden Mächten, falls sie sich selbst überlassen bleiben, fast unvermeidlich geworden.

Schon seit einiger Zeit war zu bemerken, daß die Franzosen bemüht waren, eine Verständigung mit dem Peking Hofe unmöglich zu machen. Sie wiesen den Anspruch desselben auf Oberherrlichkeit über Tonkin, die sie thatsächlich wenig genirt haben würde, mit Entschiedenheit zurück. Sie wollten von keiner neutralen Zone wissen. Sie nahmen bei ihrem Vertrage mit Annam durchaus keine Rücksicht auf die Wünsche der suzeränen Macht — lauter Schritte in dem natürlichen Fortgange von einem Zustande äußerster Spannung zu unverhehlter Feindseligkeit. Es ist wahr, noch ist keine Kriegserklärung erfolgt, und China kann sich damit begnügen, jene fünfzehntausend Mann bis auf weiteres als Demonstration an der Grenze stehen zu lassen. Aber was es im letzten Grunde beabsichtigt, ist in Dunkel gehüllt, gewiß ist nur, daß es sich dem Verfahren der Franzosen nicht geduldig fügen will. Man kann sich dabei an das letzte Beispiel erinnern, wo es dem Verlangen einer europäischen Macht mit Festigkeit entgegentrat; wir meinen in der Frage wegen Kuldschas, in welcher Rußland sich nachzugeben bewogen fand und die streitige Provinz räumte. Wenn

der Staatsrat in Peking sich durch diesen Erfolg ermutigt gefühlt hätte, jetzt eine gleiche Politik zu befolgen und es zunächst mit einer drohenden Stellung zu versuchen, so wäre das nur natürlich. Es fragt sich nur, ob der Gang der Ereignisse diese Politik, die, auf die Abneigung Frankreichs vor einem großen Kriege bauend, auf ein befriedigendes Abkommen mit den Eroberern Annams rechnen würde, zulassen wird. Sehr bald kann ein Zusammenstoß zwischen den chinesischen Truppen am Mongkai und den Soldaten Frankreichs erfolgen, der eine formelle Kriegserklärung unvermeidlich machen würde. Dieser Stand der Dinge interessiert England, wie man aus den dortigen Zeitungen ersieht, in hohem Grade. Der Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und China würde den ruhigen Gang des britischen Handels in Ostasien auf das allerempfindlichste stören. Der erste Schritt des dort kreuzenden französischen Geschwaderchefs würde die Blockade chinesischer Häfen mit Einschluß der Traktathäfen sein, und daraus würden sich sofort Fragen sehr heikler Art in Betreff der Rechte Englands an diesen Orten entwickeln. Es würde einem ungeschickten und hitzigen französischen Befehlshaber nicht schwer fallen, einen Zusammenstoß nicht bloß mit China, sondern auch mit Großbritannien herbeizuführen. Die Engländer sind, wie man bei dem Verfahren des Admirals Pierre in Tamatave gesehen hat, sehr reizbar, und wenn ihre Regierung selbstverständlich sich so lange als irgend möglich neutral verhalten wird, so weiß niemand, wie lange ihr das gelingen wird. Alles wird von dem Takt und der Rücksicht der Franzosen auf die Rechte und Interessen der Neutralen abhängen, und es scheint sicher, daß China bei seiner Berechnung der Zukunft darauf zählt, daß England sich schließlich genötigt sehen werde, für die chinesische Politik Partei zu nehmen.

Es wäre noch jetzt für die französischen Staatsmänner möglich, mit Würde eine bedenkliche Stellung aufzugeben. In vierzehn Tagen schon kann man sich in einer Lage befinden, in der man sich gezwungen sieht, sich in einen gefährlichen, kostspieligen und, wie uns scheint, unnötigen Krieg zu stürzen. Handelt sich jetzt um die Ehre, so ist ihr mit den bisherigen kleinen Siegen in Tonkin und Annam wohl Genüge geschehen. Aber die Hoffnung, daß man zu Paris in der ersten Stunde noch China gegenüber in veröhnliche Wege einlenken werde, wird durch die Haltung der französischen Presse sehr gemindert. Dieselbe scheint nicht zu fühlen, daß die Expeditionen gegen Tunis und Madagaskar verglichen mit einem Kriege gegen die Chinesen Kinderspiel sind. Sie thut, als ob diese vom Hinblick auf das kleine französische Geschwader in ihren Gewässern vor Schrecken gelähmt sein müßten, und hält sie für eitle Großsprecher. Sie verzögert, daß die Himmlischen ein ebenso stolzes als zahlreiches Volk sind, das sich nicht imponiren läßt. Niemand, der die Denkweise kennt, die unter der Masse der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs vorherrscht, wird glauben, daß diese Millionen fleißiger, geduldiger Menschen eine Politik der Abenteuer, der Eroberung, des Ruhmerwerbes wünschen. Viel wahrscheinlicher ist, daß die Pariser Regierung auf die von der Presse gemachte öffentliche Meinung, die nach solchen Dingen verlangt, gehört hat, als sie den Mißgriff that, durch den sie sich in dem Glauben, es werde zu nichts als zu einer militärischen Promenade am Roten Flusse kommen, plötzlich vor einen Kampf mit der ostasiatischen Großmacht gestellt sieht. Ferner, wenn der Streitfall dem Gerechtigkeitsgeföhle des wahren französischen Volkes zur Entscheidung vorgelegt würde, so müßte es mit sonderbaren Dingen zugehen, wenn man nicht fände, daß China unbillig behandelt

worden ist. „Ist es recht von den Franzosen,“ so fragte die chinesische Regierung, „wenn sie, nachdem sie sich in Tonkin festgesetzt haben, um Handelsstraßen nach unsrer Provinz Sunnan zu eröffnen, dies gethan haben, ohne unsre Erlaubnis einzuholen? Ist es recht von ihnen, einen unsrer Vasallen zu zwingen, Verträge ohne vorherige Einwilligung des Kaisers abzuschließen? Muß China sich alles das gefallen lassen, ohne Einspruch zu erheben?“ Der Einspruch ist jetzt in praktischer Weise erfolgt. Gegen die militärischen Operationen bei Hué schritten die Chinesen nicht ein; jetzt, wo die Franzosen sich ihrer Südgrenze nähern, haben sie ein Heer abgeschickt, welches auch dem unternehmendsten französischen Generale bis auf weiteres Halt gebieten wird.

Ein Zustand politischer Spannung wie der gegenwärtige kann nicht lange währen. Er muß in wenigen Wochen sich zum bessern oder schlimmern entwickeln. Ein glänzend ausgeführter Handstreich von seiten der Franzosen und dann ein geschickt verhülltes Nachgeben gegen formelle Ansprüche Chinas würde der beste Ausgang der Sache sein. Aber zu einem solchen Handstreich hat man die nötigen Streitkräfte nicht zur Verfügung, weil bei dem Entschlusse zur Expedition nach Tonkin neben zu großer Unternehmungslust zu große Sparsamkeit zu Rate saß. Man mußte schnell und gründlich zuschlagen können, wenn man schnell und gründlich siegen wollte, und das war mit wenigen Tausenden von Soldaten nicht zu machen. So hat man sich in eine mindestens unbequeme Lage gebracht. Bald wird man sich außer Stande sehen, sich ohne sichtliche Demütigung aus derselben zurückzuziehen, während China, wie wir sehen, mit Wort und That zeigt, daß es seine Stellung zu behaupten gesonnen ist. In wenigen Tagen kann die Nachricht eintreffen, daß in Peking ein plötzlicher Entschluß gefaßt worden ist, oder daß ein französischer Seeoffizier, begierig, sich auszuzeichnen, einen Zusammenstoß herbeigeführt hat, und dann wird das Wespennest, in das die unruhige Republik im Westen gestochen hat, seine gelben Myriaden gegen den Störer ausschwärmen lassen. Daß Frankreich auf einen solchen erschöpfenden Kampf vollständig gefaßt und vorbereitet ist, können wir nicht glauben, und wäre das doch der Fall, so kann es nicht hoffen, denselben ohne schwere Schädigung der Interessen Englands zu beendigen, dessen Handel mit China jährlich Güter im Werte von anderthalb Milliarden Mark umsetzt, und durch eine Blockade ganz oder größtenteils lahmgelegt werden würde. Es erscheint wie undenkbar, daß verantwortliche französische Staatsmänner so bedenkliche Folgen eines Krieges mit dem himmlischen Reiche ganz und gar außer Acht gelassen haben sollten, sie müssen daher mehr auf Unentschlossenheit und Geduld der Chinesen gerechnet haben, als sie dieselben herausforderten. Sie unterschätzten die Gefahr, der sie sich aussetzten, weil sie die Nachgiebigkeit ihrer Gegner überschätzten.

Wie wäre nun dieser Mißgriff wieder gut zu machen? Denn gut gemacht muß er werden, wenn der Krieg noch vermieden werden soll. Frankreich kann nicht wohl von selbst, aus freien Stücken zurückgehen. Aber es kann dies auf Anregung von außen her thun. Die europäische Macht, welche den hier besprochenen Krieg am meisten zu fürchten hat, und welche andrerseits Frankreich am nächsten steht, könnte als vermittelnde Freundin beider Parteien ihre guten Dienste anbieten. Diese Meinung wird auch bereits von dem verbreitetsten englischen Blatte in mehreren Artikeln vertreten, und es sieht aus, als ob von jener Macht, Großbritannien, bereits Schritte in dieser Richtung gethan worden wären, und als ob man zunächst auf Marquis Tseng, den Vertreter Chinas

in Paris, der bisher sich in London aufhielt, jetzt aber auf seinen Posten zurückgekehrt ist, mit versöhnlichen Ratschlägen eingewirkt hätte.

„England eignet sich, sagt der Daily Telegraph, in der That durch eine ganze Reihe von Eigenschaften, moralischen sowohl als materiellen, für die Rolle des Friedensstifters in diesem Streite. Es ist der Kunde beider Parteien, der intime Freund der einen und mit der andern durch stärkere Bande des Handelsinteresses verknüpft als irgendeine andre europäische Macht. Es kann sowohl im Namen der Menschlichkeit als von dem niedrigeren Gesichtspunkte seines Bedürfnisses nach Erhaltung des Friedens in Ostasien, den ihm seine kommerzielle Bedeutung dort anweist, in der Sache als ein Dritter, der ein Recht darauf hat, angehört zu werden, zwischen den beiden Streitenden interveniren. . . . Frankreich hat in der letzten Zeit uns zuviel Ursache zu dem Glauben gegeben, daß es weniger Gewicht als früher auf unsre Freundschaft legt, und es wäre möglich, daß unsre Vorstellungen, wenn wir keinen sehr gebieterischen Anspruch darauf hätten, ihm in diesem Augenblicke zur Mäßigung zu raten, schroffer Zurückweisung begegnen würden. Es kann aber kaum Anstand nehmen, auf die Remonstration eines Staates einzugehen, dem eine kriegerische Fortsetzung seines Streites so unermesslichen Schaden zufügen würde, und wenn unser Anerbieten einer Vermittlung nur zu weiterer Überlegung angenommen würde, so wäre zunächst Zeit gewonnen, und die auf beiden Seiten erregten Leidenschaften könnten sich abkühlen. Natürlich liegt die Hauptschwierigkeit auf Seiten der Franzosen; denn bei den Chinesen sind wir sicher, für unsre Ratschläge geneigte Hörer zu finden. Es ist kein Geheimnis, daß die kaiserliche Regierung für den Fall, daß es zum Losschlagen kommen sollte, starkes Vertrauen auf die Sympathien Englands setzt und sogar nicht ohne Hoffnung ist, daß wir uns schließlich genötigt sehen würden, als ihr Verbündeter an dem Kampfe teilzunehmen. Wie weit diese Hoffnung berechtigt ist, brauchen wir für jetzt nicht zu untersuchen. Es genügt, wenn wir sagen, daß die, welche sie hegen, verpflichtet sind, soviel, als ihr Interesse und ihre Würde es gestatten, den Rat einer Macht zu befolgen, auf deren Unterstützung sie rechnen. Es wäre Thorheit von China, von England eine wohlwollende Neutralität oder etwas mehr zu erwarten, wenn es hartnäckig eine Stellung behaupten wollte, die es unausbleiblich unsers Wohlwollens berauben müßte.“

Wir finden diese Ansicht recht verständig. Bei Machekriegen, bei solchen, die eine Eroberung bezwecken, wo Kosten und Gewinn vorher genau gegen einander abgewogen sind, bei Zusammenstößen, die wirkliche Beispiele des großen kosmischen „Kampfes ums Dasein“ sind, läßt sich mit Rat und Vermittlung nichts ausrichten. Dagegen läßt sich davon guter Erfolg hoffen, wo es sich lediglich um den Ehrenpunkt handelt, wo zwei Nationen im Begriffe stehen, kriegerisch aneinander zu geraten, nachdem sie eine Zeit lang ungeschickt mit der Langmut des Gegenparts experimentirt haben. Gewiß würde Frankreich gegen einen Konflikt mit China vermeiden, wenn es ohne Schädigung seiner Würde und Selbstachtung anginge, und ebenso würde China Feindseligkeiten unterlassen, wenn sie sich ohne demütigendes und gefährliches Eingehen auf ungerechtfertigte Ansprüche vermeiden ließen. Frankreich und China sind aber bereits zu weit vorgegangen, um noch den Rückzug von selbst antreten zu können. Nur die Dazwischenkunft eines Dritten kann beide in den Stand setzen, ihre jetzige Stellung ohne Schaden an ihrer Ehre und ihrer Geltung bei den Nachbarstaaten aufzugeben.